

Erscheint jeden Sonntag.

Redaktionsschluss
Donnerstag Mittag

Öst. Postsparkasse Conto

GÜSSINGER ZEITUNG

Einzelnummer: 500 K.

Bezugspreis f. Amerika
ganzjährig 3 Dollar.

Öst. Postsparkasse Conto:

SÜDBURGENLÄNDISCHER CHRISTLICHER BAUERNFREUNDBezugspreise:
Halbjährig 12.000 K. Vierteljährig 6.000 K.
Manuskripte werden nicht zurückgegeben.Mitteilungen den Text betreffend zu richten an
Vinzenz Klöckl in Tschantschendorf
bei Güssing.Inseraten- und Abonnementannahme:
Buchdruckerei Béla Bartunek Güssing.
Anzeigen billig, laut Tarif.**Der 21. Oktober entscheidet über die Zukunft Österreichs und die des Burgenlandes.
An das christliche Volk!**

Die Funktionsperiode des Nationalrates geht zu Ende. Die Neuwahl ist für den 21. Oktober anberaumt. Diese Wahl wird entscheiden, ob der Wiederaufbau unseres Vaterlandes und seiner Volkswirtschaft in ruhiger, stetiger Entwicklung fortschreiten und zur ersehnten Gesundung führen soll.

Gross und äusserst schwierig war die Aufgabe, die der im Oktober 1920 gewählte Nationalrat zu bewältigen hatte, überaus zahlreich waren die Hindernisse, die seine Arbeit hemmten. Als stärkste Partei, wenn auch nicht im Besitze der Mehrheit übernahm die christlichsoziale Partei die Verpflichtung, für die

Führung der Staatsgeschäfte

Vorsorge zu treffen. Für diesen grossen Zweck suchte sie alle Kräfte des Nationalrates zu binden. Da die ersten Versuche, eine parlamentarische Mehrheit zu bilden, scheiterten, wurde eine Beamtenregierung eingesetzt. Mit dem Aufgebote aller Kräfte war es dieser Regierung nur zur Not möglich, gegenüber der sozialdemokratischen Hemmungspolitik die laufenden Geschäfte zu besorgen. Die steten Versuche der Sozialdemokratie, mit ausserparlamentarischen Mitteln, durch Veranstaltung politischer Streiks und Mobilisierung der Strasse, den verlorenen Einfluss wiederzugewinnen, schufen eine äusserst schwierige innerpolitische Lage. Diese Verhältnisse verzehrten nicht nur wertvolle Kraft und Zeit, sie zerstörten auch das ohnehin geringe Vertrauen des Auslandes in Österreichs Lebensmöglichkeit.

Im Sommer 1922 war die Gefahr aufs höchste gestiegen. Die Volkswirtschaft zerrüttet, die innere Ordnung aufs schwerste bedroht, die Krone vor völliger Wertvernichtung stehend — Österreichs Zusammenbruch schien unvermeidlich. Von den Siegerstaaten wurde der Plan der

Besetzung und Aufteilung unseres Vaterlandes

ernstlich erwogen. Der furchtbare Ernst dieser Lage forderte eine kraftvolle, durchgreifende Entscheidung. Unter dem Drucke dieser Verhältnisse erklärte sich die Sozialdemokratie zum Eintritte in die Regierung bereit. Ihr Programm lautete nach Dr. Otto Bauer:

Anschluss der Krone an die deutsche Mark,

Gründung einer Notenbank mit Hilfe eines Markkredites.

Die christlichsoziale Partei konnte dieses Programm weder als durchführbar, noch als zielführenden Weg erkennen; sie war vielmehr der Überzeugung, dass die Rettung Österreichs nur gefunden werden kann, in der Anspannung aller Kräfte des eigenen Landes und der Inanspruchnahme von Auslandskrediten.

Zur Durchführung dieses letzteren Programmes entschloss sich die christlichsoziale Partei, gemeinsam mit den Abgeordneten aller nichtsozialdemokratischen Parteien die Regierung zu übernehmen; ihren besten Mann — Dr. Seipel — stellte sie an die Spitze der Regierung.

Prag, Berlin und Verona waren die ersten Etappen in dem grossen Ringen um die Rettung Österreichs.

In Genf wurden die Bedingungen und die sichere Gewähr für den Wiederaufbau geschaffen.

Hochverrat

war das Wort, mit dem die Sozialdemokratie dem Volke das Vertrauen und die Freude an den Fortschritten der klugen und umsichtigen Arbeit des Bundeskanzlers Dr. Seipel vereiteln wollte.

Der erste Erfolg der Politik des Bundeskanzlers war die

Stabilisierung der Krone.

Durch die Schaffung der selbständigen Notenbank und die Einstellung der Notenpresse ist dieser Erfolg gegen alle Fährlichkeiten gesichert worden. An dem furchtbaren Währungs- und wirtschaftspolitischen Zusammenbrüche des Deutschen Reiches gemessen, gewinnt die Stabilisierung der Krone überragende Bedeutung. Welch furchtbares Schicksal würde jetzt unser Loos sein, wäre der Plan der sozialdemokratischen Partei, der Anschluss an die deutsche Mark, vollzogen worden. Mit

brennendem Schmerze

empfinden wir das unermessliche Leid der deutschen Brüder und Schwestern, wissend, dass diese neidlos und mit Genugtuung es begrüssen, dass Österreich und sein Volk, ein Teil der deutschen Volksgemeinschaft, von dem Unheil, das sie betroffen, bewahrt erscheint.

Es ist wahr, der Weg herauf zu den bis nun feststehenden Erfolgen des Sanierungswerkes ist mit schweren Opfern besät. Wo aber und zu welcher Zeit hat in der Geschichte sich die Rettung eines Volkes

ohne schwerste Opfer vollzogen? Das österreichische Volk hat die ihm zugemuteten Opfer bisher getragen und damit der Welt den redlichen Willen geoffenbart, die eigene Kraft voll und ganz in den Dienst der eigenen Rettung zu stellen. Für dieses hohe **Bekenntnis politischer Reife und vaterländischer Treue**

sagen wir — am Beginne des Wahlkampfes stehend — allen Teilen des österreichischen Volkes herzlichsten Dank.

Noch sind wir nicht am Ziele. Noch heischt die Not des Vaterlandes weiterhin opferfreudige Arbeit.

Als eine

christliche Partei

stellen wir an die Spitze unseres Programmes das Bekenntnis zur grossen ewigen Wahrheit, dass der Staaten und Völker Heil untrennbar verbunden ist mit der vollen Auswirkung sittlicher Grundsätze in Handel und Wandel.

Eingeordnetes und gesichertes Familienleben ist die Vorbedingung eines gesunden Volkslebens. Christliche Ehe und religiös-sittliche Erziehung der Kinder sollen stets Gegenstand unserer ernstesten Sorge sein.

Würde und Beruf der Frau sollen wieder voll und ganz ihren Ausdruck finden in der Stellung der Frau als Gattin und Mutter.

Die Jugend in sittlicher Reinheit zu starkem Charakter und arbeitsfreudigem Pflichtbewusstsein zu führen, erachten wir als eine Aufgabe, der alle öffentlichen Faktoren in voller Hingabe sich zu widmen haben.

Als eine

demokratische Partei

stehen wir auf dem Boden der durch den Nationalrat, den obersten Vertreter des Volkswillens, gegebenen Bundesverfassung. Die Autorität des Gesetzes muss von jedermann geachtet werden, die Freiheit der Gesinnung gegenüber jedermann gewährleistet sein.

Als eine

Volkspartei

ist es unser eifrigstes Bestreben, den wirtschaftlichen und sozialen Nöten der einzelnen Stände mit aller Macht entgegenzuwirken. Es lebt in uns die Überzeugung, dass diese Not durch Klassenhass und Klassenkampf keine Milderung erfahren kann. Die Partei verwirft daher den Klassenkampf und entrollt die Fahne der Solidarität aller ehrlich Arbeitenden.

Der gewerbliche Mittelstand

hat in den wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten Jahre seine Existenzberechtigung kräftigst erwiesen. In ihm erblicken wir nicht nur einen gesunden wirtschaftspolitischen Faktor, nicht nur einen verlässlichen Träger finanzpolitisch Notwendigkeiten, er erscheint uns auch als die breite Grundlage, auf der für zahlreiche wirtschaftlich Unselbständige die Möglichkeit gegeben ist zum Aufstieg, zur wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit. Förderung des Genossenschaftswesens, umfassende technische und kaufmännische Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses, Schutz vor unlauterem Wettbewerb sollen den gewerblichen Mittelstand zu neuer Blüte und gesteigertem Ansehen bringen.

Einem der wichtigsten Zweige unseres Wirtschaftslebens, der

Landwirtschaft,

werden wir getreu unserem Grundsatz in jedem Belange jenen Schutz angedeihen lassen, denn sie braucht, um ihrer Aufgabe, das Inland tunlichst von der Einfuhr von Lebensmitteln unabhängig zu machen, nachkommen können. Die Wirtschafts- und Kreditgenossenschaften, sowie die fachgemässe Ausbildung der bäuerlichen Jugend werden kräftigste Unterstützung finden.

Verkehrs-, Handels- und Kreditpolitik wollen wir voll und ganz in den Dienst der Förderung und

Hebung der heimischen Produktion stellen und dadurch dem Wirtschaftsleben neue Entfaltungsmöglichkeiten erschliessen.

Ein gesundes Wirtschafts- und Produktionsleben bietet den

Arbeitern und Angestellten

dauernde Arbeits- und Verdienstmöglichkeit. Indem die Partei solchen Zielen zustrebt, schafft sie gleichzeitig die zuverlässigste Gewähr für die Aufrechterhaltung des bestehenden Arbeiter- und Angestelltenschutzes und die Fortführung einer modernen Sozialpolitik. Nach wie vor hält die christlichsoziale Partei den Ausbau der Sozialversicherung für unerlässlich. Vereinfachung und dadurch Verbilligung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit der bisherigen Institutionen müssen raschestens in die Wege geleitet werden, damit, sobald die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse es nur einigermaßen ermöglichen, die Alters- und Invaliditätsversicherung, sowie die Witwen- und Waisenversorgung zur Tat werden können.

Durch die finanziellen Schwierigkeiten des Staates wurden die

öffentlichen Angestellten

schwer betroffen. Der Wiederaufbau fordert von ihnen grosse Opfer. Den berechtigten Wünschen der Angestellten muss daher Rechnung getragen werden. Das Fortschreiten der Sanierung der Staats- wie der allgemeinen Volkswirtschaft schafft die Mittel einer rascheren und durchgreifenderen Reform der Dienst- und Besoldungsverhältnisse sowohl der aktiven, wie der im Ruhestande befindlichen öffentlichen Angestellten.

Die christlichsoziale Partei war sich stets der hohen Wirtschafts- und kulturpolitischen Bedeutung der

Wohnungsfrage

bewusst. Schon unter Dr. Lueger wurden Tausende neuer Wohnungen für die Bediensteten der Stadt Wien erbaut. Den kom-

munalen Wohnungsbau betrachtet die Partei heute als einen wesentlichen Bestandteil ihrer Wohnungspolitik. In der heutigen Form entspricht die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens weder dem Interesse der Mieter, noch ist sie volkswirtschaftlich gerechtfertigt; insbesondere ist es unzulässig, dass die wirtschaftlich Starken an dem berechtigten und unerlässlichen Schutz der wirtschaftlich Schwachen teilnehmen.

Grundsätzlich kann und darf der Abbau des Mieterschutzes hinsichtlich der Bestimmungen über die Mietzinsbemessung nur schrittweise und nur in dem Ausmasse erfolgen, als hiezu die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind. An den bestehenden Kündigungsbeschränkungen darf, ins solange Not an Wohnungen herrscht, nicht gerüttelt werden. Das Dach über dem Kopfe muss jedem Bewohner gesichert bleiben.

Den

Opfern des Krieges,

den Invaliden, Kriegerwitwen und -waisen muss ausreichende Hilfe gesichert sein. Die christlichsoziale Partei wird die Fürsorge für die Kriegsoffer auch weiterhin als vaterländische Pflicht verfolgen. Den durch die Entwertung der Krone in ihrer Existenz bedrohten

Kleinrentnern

muss durch umfassende sozialfürsorgliche Massnahmen über ihr trauriges Los hinweggeholfen werden.

Christen! Österreicher!

von solchen Grundsätzen durchdrungen, rufen wir euch auf zum Kampfe

*für die religiösen und vaterländischen Ideale,
für die wahre Freiheit und Demokratie,
für eine glückliche Zukunft v. Volk u. Vaterland.*

Unsere Parole lautet: Fortführung des Sanierungswerkes bis zur glücklichen Vollendung.

Die christlichsoziale Gesamtparteileitung Österreichs.

Die Bauernbündler.

Der Wahlkampf bringt die Wahlwerber wieder vor ihre Wähler. So stellen sich auch in unseren Gemeinden die Bauernbündler vor.

Wie jede andere Partei suchen sie ihre Ziele aus Wege von denen der anderen Parteien abzugrenzen und ihr Programm zu entwickeln.

Wenn man da nun genau hinhorcht, so muss man sich höchlichst wundern und sich fragen. Ja warum sind den diese Herren nicht überhaupt christlichsozial.

Sie erzählen uns ja doch, sie seien ja sehr gute Christen vielleicht sogar noch bessere als die Christlichsozialen. Sie erklären, dass ihnen die Religion heilig sei, dass sie es am allermeisten zu schätzen wissen, wenn eine Gemeinde einen guten Priester hat. Kurz, sie seien ganz und gar nicht gegen die Religion und gegen die Priester. Im Gegenteil, sie schätzen und verteidigen sie. Ja, sie haben, so erzählen sie mit grossem Stolz, im Nationalrat sogar anlässlich der Gesetzwerdung einiger Vorlagen, die die Religion und die Priester betreffen mit den Christlichsozialen gestimmt.

Warum also nicht christlichsozial?

Da sagen sie uns folgendes: Die Christlichsozialen vertreten nicht die Interessen des Bauern.

Da wollen wir uns die Sache nun einmal ein bischen überlegen.

Von den christlichsozialen Nationalräten sind ungefähr 50 Bauern 60 von Bauern gewählt.

Da nun nur bei 87 christlichsoziale Nationalrate sind, so ergibt das, dass die zahlenmässige Vertretung des Bauern sehr stark ist. Ja, heisst es, das ist schon richtig, aber diese Bauern haben nichts zu reden. Die stehen ganz unter dem Drucke der städtischen Abgeordneten.

Das ist aber doch recht sonderbar, tausende und tausende niederöst. oberöst. steirische, salzburgerische und tirolerische Bauern wählen unter sich die besten und gescheitesten heraus und schicken sie in den Nationalrat. Dort kommen 50 zusammen und wann dann die andern 37 was sagen, müssen sie schön folgen.

Das ist doch wirklich recht sonderbar.

Und da meine ich nun, entweder sind diese tausende Bauern, die diese christlichsozialen wählen, so dumm, dass sie solche Traumnet hineinschicken.

Oder sind diese Gewählten so dumm, dass sie sich in Wien nichts zu reden trauen.

Oder: Sind die dumm, die den Bauernbündlern solche Redereien glauben.

Ich meine halt, diese christlichsozialen Bauernnationalräte werden auch wissen; das sie ihre Wähler die Bauern sind zu vertreten haben. Freilich sind wir eine Volkspartei und wir sagen, bei uns soll nicht nur der Bauer allein sondern auch der Städter, nicht der Arbeiter allein sondern auch der Gewerbetreibende was zu sagen haben. Vielleicht wird jeder ein Stückel nachgeben müssen, aber dann wirts für alle gut seien und alle werden zufrieden sein.

Aber es ist schon ein Unterschied zwischen den Christlichsozialen und den Bauernbündlern. Bei den Christlichsozialen steht das „christlich“ schon im Programm und darnach werden sie auch immer handeln. Bei den Bauernbündlern steht's nicht im Programm. Aber, so könnte man sagen, sie tun doch wirklich nichts gegen die Religion. Wirklich nicht? Schauen wir uns das neue Schulaufsichtsgesetz an doch darüber ist schon in unserem Blatte genug geschrieben worden.

Aber sonst, kann einer noch sagen, haben sie halt doch nie etwas dagegen gesagt.

Ja freilich nicht viel. Aber warum?

Weil's ihnen so heilig ernst ist um die Religion. Aber nein! Weil ihnen sonst die Wähler davonrennen. Das ist die ganze Geschichte. Nicht dass einer deshalb, weil er bis jetzt ein Bauernbündler ist schon ein schlechter Christ oder gar ein schlechter Kerl sein musste. O nein. Aber die Führer der Bauernpartei, die wissen nur in den Wählerversammlungen so schön von der Religion zu sprechen, weil sie wissen, dass sie sonst ihren Nationalratsposten verlieren würden und dann wieder zu ihrer täglichen Arbeit zurückkehren müssten. Zum Pflug? Na ich möcht den Herrn Bauernbündler Universitätsprofessor Dr. Schönbauer oder den Herrn Dr. Voith hinter dem Pflug sehen.

Darum brauchen wir uns von den schönen Sprüchen nicht fangen zu lassen. Wir sind und bleiben christlichsozial!

päd. Loki.

Die Wahlbewegung.

Bewunderung für Seipel.

Wie man im Ausland unseren Bundeskanzler schätzt, darüber liegt ein neuer Beweis vor. Der Brüsseler „Soir“ veröffentlicht einen Artikel über den Wiederaufbau Österreichs und hebt die Verdienste des Bundeskanzlers Dr. Seipel hervor, den er einen grossen Organisator nennt. Das Blatt spricht seine Zuversicht auf ein volles Gelingen des Rettungswerkes aus. — Die Voraussetzung eines neuen Wohlstandes sei aber der gute Wille der Nachbarn. Die Zollschranken müssen aufgehoben werden. Der Artikel vergleicht Österreich mit Belgien, das gleichfalls eine grosse Hauptstadt mit verhältnismässig geringer Gesamtbevölkerung habe und dessen Wirtschaft ebenso von der Zollpolitik der Nachbarn beeinflusst sei. Wenn an Österreich, dessen Arbeitswille bewundernswert sei, nur die Freiheit des Handels und die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit gönnen, dann werde die Wiederauferstehung Österreichs für Europa und die Welt ein bemerkenswertes Beispiel sein.

Eine grosse Preisfrage.

Bei den Bauern heben die Bauernbündler die entgegengesetzten Interessen hervor, welche die Bauern mit den Stadtbewohnern haben, täuschen ihnen die reine Bauernpartei vor, um ihre Stimmen zu bekommen. Gleichzeitig wollen sie auch die Stimmen der Städter einfangen und um diese zu bekommen, heben sie die gemeinsamen Interessen hervor, welche die Städter mit den Bauern haben. Eine Unehrllichkeit ohnegleichen! Wie sie's mit dem Programm der reinen Bauernpartei halten, zeigt ihre Geschichte. Als reine Bauernpartei sind sie bei den ersten Wahlen im Frühjahr 1919 aufgetreten und nach den Wahlen haben sie sich im Nationalrat mit der Grossdeutschen Volkspartei, welche lauter Städtevertreter und kaum einen halben Bauern hat, zusammengeschlossen. Den Weg zu den Christlichsozialen, welche Dutzende von wirklichen Bauern als Abgeordnete haben, haben sie nicht gefunden. Im Winter 1920 haben sie sich zum zweiten Male mit der Grossdeutschen Volkspartei, welche fast ausschliesslich die Beamten und Professoren vertritt, zusammengeschlossen. Dabei behaupten sie noch immer, dass sie eine reine Bauernpartei sind. Dies gemeinsame Programm, welches sie mit den Grossdeutschen aufgestellt haben, ist das Programm einer reinen Volkspartei. Den Bauern haben sie dieses Programm im Wortlaute niemals mitgeteilt, um dieselben weiterhin durch die Behauptung täuschen zu können, dass sie eine reine Bauernpartei seien.

Die Verbindung mit den städtischen Beamtenvertretern der Grossdeutschen hat den Bauernbündlern noch nicht genügt. Sie haben sich auch mit den städtischen Hausbesitzern, welche von den Bauern billiges Fleisch, billige Milch und billiges Obst haben möchten, verbunden. Es ist nun noch nicht

bewiesen, dass ein Lehrer, Beamter oder Richter gerade deshalb, weil er zu den Bauernbündlern gehört, auf einen höheren Gehalt verzichtet. Es müssen also auch die Bauernbündler den Ausgleich der entgegengesetzten Interessen herstellen wie die Christlichsozialen. Weil nun die Bauernbündler schon lange keine Bauernpartei mehr sind, sondern eine wirkliche Volkspartei, was sie aber vor den Bauern beständig leugnen, nennen sie sich Standespartei und betreiben Standespolitik, wie sie sagen. Dabei nennen sie jeden Lehrer, jeden Beamten und jeden Richter, jeden Kaufmann und jeden Hochschulprofessor, der zu ihnen hält, ihren Standesgenossen. Das ist eine Wortverdrehung und ein arger Schwindel, der nur auf die Dummheit und Gedankenlosigkeit der Bauern rechnet.

Da entsteht nun eine grosse Preisfrage für die Bündler: Wenn ein Bezirksrichter Bauernbündler ist, und solche gibt es, welchem Stand gehört nun dieser an? Die Bauernbündler nennen ihn ihren Standesgenossen. Hört er nun auf, Standesgenosse der Richter zu sein. Die Menschen mit den gewöhnlichen ehrlichen Begriffen sagen, er gehört dem Richterstande an. Die Führer der Bauernbündler sagen, er gehört dem Bauernstande an, Wer hat recht? Wenn es sich nun um die Erhöhung des Gehaltes für die Richter handelt, wie wird sich dieser zweifache Standesgenosse verhalten? Wird er sagen, weil ich Standesgenosse der Bauern bin, verlange ich keine Gehaltserhöhung, damit die Steuerlasten der Bauern nicht erhöht werden müssen, oder wird er sagen, ich muss soviel Gehalt bekommen, dass ich anständig leben kann und die Steuern müssen einfach erhöht werden. Vermutlich wird er das Letztere tun. Was wird nun der bündlerische Abgeordnete tun? Er wird sagen müssen: „Weisst, lieber Standesgenosse aus dem Richterstande, soviel werden wir dir geben, als du zum Leben unbedingt brauchst, aber soviel, wie du gerne haben möchtest, können dir wir nicht geben, damit die Bauern durch die Steuern nicht zu sehr belastet werden. Auf einen Teil deiner Wünsche musst du schon verzichten.“

Wenn der bündlerische Abgeordnete dies sagen kann, warum soll der christlichsoziale Abgeordnete nicht das gleiche sagen können? Von den Christlichsozialen behaupten nämlich die Bündler fortwährend, dass in der christlichsozialen Volkspartei unmöglich alle Stände vertreten werden könnten, während sie behaupten, in der bündlerischen Volkspartei können alle Stände ihren Schutz finden, die Dienstboten, Arbeiter, Gewerbetreibenden, Kaufleute, Lehrer, Richter, Ärzte, Beamte, bis hinauf zum Hochschulprofessor. (Alle Intelligenzberufe). Da sind mir schliesslich die Christlichsozialen doch lieber, welche ehrlich zugeben, dass sie eine Volkspartei sind und auf Grund der christlichen Gerechtigkeit den Ausgleich der entgegengesetzten Interessen der verschiedenen Stände anstreben, als wie die Bauernbündler, welche allen Ständen den Schutz versprechen, eine wirkliche Volkspartei sind, und dies zur Täuschung der Bauern beständig leugnen. Das eigentliche Programm der Bündler besteht darin, so zu reden, wie es die Leute gerne hören, um das Volk zu verhetzen, damit sie die Christlichsozialen verdrängen und sich an ihre Stelle setzen können.

Burgenländer, warum also Bauernbündler wählen, von denen ein Grossteil gar keine Bauern sind. Hier seien nur einige sogenannte „klassenbewusste“ Vertreter und Führer des unabhängigen Bauernbundes angeführt:

1. Universitätsprofessor für römisches Recht Dr. Schönbauer aus Horn in N.-Ö.
2. Dr. Alfred Wallheim, Prof. für die deutsche Sprache.
3. Major Kollarz, ehemaliger Monarchistenvertreter.
4. Viktor Voit, Rechtsanwaltskandidat.
5. Michael Vas, Privat.
6. Prof. Gesell, Professor für Musik.
7. Magister Wolf, Apotheker.
8. Karl Unger, Prof. d. Mathematik.
9. Rechnungsrat Plöchler.
10. Szonchich, Prof.
11. Pistor aus Graz, Weinspekulant, Hausherrenvertreter.

Bauern! können solche Herren Professoren, Doktoren, Majore und Hausherrenvertreter die Interessen des Bauernstandes vertreten?

Urteilt selbst! Oder ist nicht die christlichsoziale Volkspartei jene Partei, welche die bäuerlichen Interessen am besten vertreten kann? Von 87 christlichsozialen Abgeordneten sind 50 wirkliche Bauern und der christlichsoziale Bundesackerbauminister ist selbst ein Bauer.

Daher gebe jeder Bauer und Burgenländer am 21. Oktober seine Stimme der christlichsozialen Partei.

Selbstverständlichkeiten, die nicht selbstverständlich sind.

Die meisten Leute halten es für selbstverständlich, dass wir ohne Unruhen, Plünderungen und Bürgerkrieg durchgekommen sind. Dieses ist nicht selbstverständlich, sondern ein Verdienst der klugen Politik der Christlichsozialen.

Die meisten halten es für selbstverständlich, dass wir noch den religiösen Frieden haben und die Glaubensverfolgung noch nicht eingesetzt hat. Dies ist nicht selbstverständlich, sondern ein Verdienst der Christlichsozialen. Mit Sicherheit kann man sagen, dass die Glaubenskämpfe sofort ausbrechen werden, wenn die Christlichsoziale Partei merklich geschwächt werden würde. Die Sozialdemokraten, die freisinnigen Grossdeutschen, die Nationalsozialisten und die Freisinnigen Führer des Bauernbundes warten auf diesen Augenblick.

Wie sie es machen.

„Wir müssen so reden, weil es die Leute gerne hören,“ ist der Leitspruch der bündlerischen Politik nach dem Ausspruche eines Bündlerführers. Zuerst haben die Bündler die Krankenversicherung auf ihren Bundestagen stürmisch verlangt, haben am 12. März 1919 im steirischen Landtage einen Antrag auf Einführung der Krankenversicherung gestellt, haben am 18. Mai 1920 ihren Antrag im Nationalrate betrieben, und als ihr Antrag im Oktober 1921 endlich Gesetz geworden war, haben sie erklärt, wir haben das nicht

gemacht, sondern die Christlichsozialen, und hetzten das ganze Land wegen dieses Gesetzes auf.

Bei den Wiederaufbaugesetzen haben sie in Wien mitgestimmt und jetzt hetzen sie wegen der Steuern die Bauern auf und versprechen ihnen Steuerfreiheit. Beim Gesetze über die Befreiung der ländlichen Gemeinden von der Arbeitslosenunterstützung haben sie in Wien dagegen gestimmt und im steirischen Landtage haben die Bündler mit einer dringenden Anfrage die Durchführung des gleichen Gesetzes betrieben, „weil es die Leute gerne hören.“

Nur einer hat gefehlt.

Von den Gemeindewahlen im nordböhmischen Orte Türnitz wird berichtet: Bei der am 16. September stattgefundenen Gemeindewahl ergibt sich als Wahlzahl 102, so dass auf je 102 Stimmen ein Mandat entfiel. Die deutsch-demokratische Freiheitspartei erzielte die Stimmenzahl 101. Es fehlte ihr somit eine einzige Stimme zur Erlangung eines Gemeinmandates, weshalb sie bei der Mandatsverteilung leer ausgehen musste. Es ist also nicht wahr, wenn einer sagt: „Auf mich kommt es nicht an,“ jede Stimme ist von Bedeutung. Jeder, der am 21. Oktober seine Stimme nicht der christlichsozialen Liste gibt oder zu Hause bleibt, würde dazu beitragen den Einfluss der christlichen Weltanschauung in der Öffentlichkeit zu verkürzen. Der christlichsoziale Gedanke gelangt immer mehr zum Durchbruch und wird auch in Zukunft zum Wohle der Bevölkerung voranzumarschieren, wenn wir rührig sind und zusammenhalten.

Die christlichsoziale Partei recht und gerecht.

Von einem obersteirischen Bauern wird uns geschrieben: Wenn ein Mensch von einer furchtbaren Überanstrengung und Entbehrung erkrankt, bekommt er hohes Fieber. Wenn nun jetzt nicht vernünftige und tüchtige Behandlung von Seite eines Arztes und der Wärter platzgreifen, die mitunter lange dauern kann, ist der Kranke verloren. Wird er nun gesund, so muss er sich langsam nach und nach an seine Arbeit wieder gewöhnen, sonst wird er rückfällig und ist rettungslos verloren. So war und ist es mit unserem Staat. In hohem Fieber lag das Volk. Es phantasierte. Eine Tanzunterhaltung auf die andere, rücksichtslose Verschwendungen des Geldes kamen in Massen vor, die Krone stürzte Tag für Tag, Staat und Volk waren dem Tode nahe. Nun kam der Arzt, unser unbezahlbarer Herr Dr. Seipel Seine erste Arbeit war halt auch, das Fieber wegzubringen und die Krone stand. Jetzt sind wir beim Bewusstsein. Jeder vernünftige Staatsbürger ist jetzt bereit, sein möglichstes zu tun, um Staat und Volk wieder zum Gesunden zu bringen. Aber das geht langsam. Wir alle wollen leben. Wir brauchen uns auch gegenseitig. Damit ist aber nicht gesagt, dass wir alle gleichviel haben sollen. Es müssen Menschen seien zur Arbeit, aber auch unbedingt solche, die arbeiten lassen.

Der eine befiehlt der andere gehorcht. Das ist so seit Menschen existieren, ist jetzt und bleibt so lange Menschen sein werden. Tatkräftig steht die christlichsoziale Partei da; ihre gute Arbeit ist ihr bestes Zeugnis. Wer nun haben will, dass Staat und Volk gedeihe, die Zwietracht vermindert und mit der Zeit beseitigt, die Jugend nicht in einer künstlichen, sondern in der christlichen Moral erzogen wird, ohne die ein Gedeihen der Menschen überhaupt ausgeschlossen ist, der wähle am 21. Oktober christlichsozial!

AUS NAH UND FERN.

Unberechtigter Gebrauch des Abzeichens des Roten Kreuzes. In letzter Zeit haben bei korporativ unternommenen Ausflügen und Strassenkundgebungen Gruppen von Teilnehmern mitgewirkt, die Armbinden mit dem Abzeichen des Roten Kreuzes trugen, um damit ihre Bestimmung für die Hilfeleistung zum Ausdruck zu bringen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Gebrauch dieses Abzeichens im öffentlichen Verkehr ausserhalb des militärischen Dienstes nur den in § 1 des Gesetzes vom 23. August 1912, B. G. Bl. Nr. 184 bezeichneten Körperschaften (Österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuze, deren Hilfs- und Zweigvereine, Deutscher Ritterorden, Souveräner Malteseritterorden) und deren Organen zusteht, und die genaue Einhaltung dieses Gesetzes mit Rücksicht auf die ihm zugrunde liegenden internationalen Verträge von besonderer Wichtigkeit ist.

Landeshauptmann Wallheim brüstet sich mit seiner kroatischen Mutter. Anlässlich seines Amtseintrittes, bei seiner Rundreise im Burgenlande, besuchte der Landeshauptmann Wallheim auch die kroatische Gemeinde Weiden im Oberwarther Bezirke. Er hielt dort auch seine Antrittsrede. Im Laufe derselben brüstete er sich, dass er kroatisches Blut in seinen Adern habe, denn seine Mutter stamme aus Kroatien. Es ist dies sonderbar! — er schreit immer Zeter und Mordio auf die Magyaronen während er sich mit seiner kroatischen Abstammung brüstet. Wo bleibt hier die Konsequenz, wo das grossdeutsche Empfinden?

Eine Fabrik, in der nie gestreikt wurde. Mussolini hat beantragt, dass anlässlich des hundertjährigen Bestandes der Textilfabrik Solbiate, in der niemals gestreikt wurde, acht Arbeitern, die über 50 Jahre im Betriebe stehen, durch motu proprio der Orden der Krone von Italien verliehen werde.

Eine hübsche Storchengeschichte. „Am Storchenhause im Zoologischen Garten Berlins“, erzählt einer, „sagte mein Schwiegervater zu meinem sechsjährigen Jungen: „Emil, jetzt bestelle dir ein Schwesterchen.“ Der Kleine gab denn auch dem Storch getreulich den Auftrag. Ein zweiter Storch glaubte, es gäbe wohl etwas zu fressen und lief auch schnell herbei. Auf dem Heimweg lachte der Knabe plötzlich laut auf und sagte zu uns: „Ich lache mich tot, wenn es jetzt zwei gibt, der andere Storch hat es doch auch gehört“ — Ein Mädchen betrachtete sich eines Tages lange den Meister Langbein. Als der Storch sie gar nicht beachtete, rief es: „Störchle, kennst mi nimmer?“

Neuzeitliche Freuden-Anzeige. Bis jetzt kannte man Verlobungs- und Hochzeitsanzeigen, Todes- und Geburtsanzeigen, die von Haus zu Haus geschickt wurden. Die neue Zeit hat auch hier wie in so vielem

andern Wandel und Neues geschaffen. So erhielt kürzlich eine Familie in einer französischen Stadt folgende eigenartige Anzeige: „Herr und Frau Louis R.-L. versichern Sie ihrer Zuneigung und haben gleichzeitig das Vergnügen, Ihnen mitzuteilen, dass sie in der Rue Milan eine Wohnung gefunden haben.“ — Bei der heutigen Wohnungsnot ist es ja kein Wunder, wenn jemand, der nach tausend Schwierigkeiten endlich seinen Haushalt untergebracht hat, diesem Ereignis so grosse Bedeutung beimisst, dass er glaubt, es auf diese Weise kundgeben zu müssen. Neben all dem vielen Elend unserer traurigen Zeit gibt es doch immer wieder auch neue Freuden.

Nachtrag. An 3-ter Stelle für das Reststimmenmandat in den Landtag wurde Herr Karl Lantos Oberlehrer aus Inzenhof kandidiert.

Kukmirn. Bei der am 16. Sept. 1923 im Gasthause des Johann Muik in Kukmirn zu Gunsten der evang. Kirchenglocken stattgefundenen Gesangvereinsaufführung, haben Jos. D., Joh. H., R. K., Joh. Sch., Franz P. und Joh. K. eine Rauferei inszeniert, wobei mehrere Gläser zerschlagen worden sind. Nach der durch den Schmied R. Schober und des Landwirtes Franz Ernst erfolgten Entfernung der Vorgenannten aus dem Lokale trat erst wieder Ruhe ein. D. und Konsorten werden sich vor der Behörde zu verantworten haben.

Der Gegensatz zwischen den sozialdemokratischen Reden und Wirken.

Oft nach einer sozialdemokratischen Rede nach einer Versammlung hören wir sogar von bürgerlichen Wählern „Nun der sozialdemokratische Redner hat wirklich sehr gut gesprochen“. Dersuggestive Einfluss dieser Rede geht soweit, dass Meinungen mancher Wähler laut werden, dass der Redner recht habe.

Man kann nicht leugnen, dass die Sozialdemokraten sehr gute Redner haben, die uns während ihrer Programmreden ein Fata Morganabild vorgaukeln, dass wir uns versucht fühlen, auf die Sozialdemokraten zu stimmen, um in dieses irdische Himmelreich zu kommen.

Sehen wir aber ihr Wirken an! — Wir hier im Burgenlande lassen uns von den Sozialdemokraten nichts Blaues vormachen. Wir, die bürgerliche Klasse, Bauern und Bürger, wir haben es bereits an unsern eigenen Leib verspürt, wie dieser sozialdemokratische Himmel in der Wirklichkeit aussieht!

Wir wissen es ganz genau, dass wir während der Aera Béla Kuns, während der sozialdemokratisch-kommunistischen Herrschaft unseres Lebens und Besitzes nie sicher waren, dass wir am Gemeindehaus, in der Führung der Staatsgeschäfte nichts zu sprechen hatten, dass wir, wenn wir eventuell wo eine abfällige Äusserung über diese Wirtschaft machten, uns mit Angst und Bangen des Abends zu Bette legten, weil wir immer fürchten mussten, dass uns die Terrortruppen aus dem Bette holen, um uns auf dem nächsten Baum aufzuknüpfen.

So sieht dieser sozialdemokratische Himmel für uns Bürger und Bauern aus! — Darum, wer nicht haben will, dass diese fürchterliche Zeit wieder über uns kommt, der wird nicht auf diese falschen Propheten, die sozialdemokratischen Redner hören, sondern der wird am 21. Oktober auf jene Partei stimmen, die eine Partei der Ruhe, des wirtschaftlichen Aufbaues und der staatlichen Ordnung ist und das ist die christlichsoziale Partei!

64.
46.
1286
08
306

Wirtschaftsfragen.

D.-Mark 0.0000.54. — Ung. K. 2.35—2.40
Schweizer Frank 12390—12600, Am. Dollar
70.460—70.860. Die Goldparität 14.400 K.

Eine Silberkrone 5.220. Ein Silbergulden
14.300, Ein Zehnkronengoldstück 131.000.
Ein Gramm 14 kar. Gold 24,220, Ein Gramm
Silber 800-1000-1040, Ein Dukaten 148.500
Kronen.

Es kosteten in der vergangenen Woche
(20. Sept.) Weizen 3350—3450, Roggen
2600—2700, Gerste 2150—2250. Hafer 2100
2200 Kronen.

Mehl (ungarisches Mehl stieg um 100
Kronen) Gries 6300—6400, Weizenmehl 00
5700—5800, Kochmehl 5200—5400, Brot-
mehl 4400—4600, Kleie 1400—1650 K.

Borstenviehmarkt. Auf den Markt
wurden gebracht: Fleischschweine notier-
ten 26.000 bis 33.000 Kronen., Fettschweine
26 000 bis 29.500 Kr. per Kilogramm Lebend-
gewicht. — Marktbericht: Bei ruhigem Ver-
kehre verteuerten sich alle Sorten um 2000
bis 3000 Kr. per Kilogramm.

Pferdemarkt. Auf den Markt kamen:
390 Stück Gebrauchs- und 246 Stück Schläch-
terpferde. Es wurden bezahlt in Kronen per
Stück: Leichte Zugpferde 4,000.000 bis
9,000 000, schwere Zugpferde 5,000.000 bis
14,000.000, Kutschpferde 4,000.000 bis
10,000.000, Schlächterpferde 5000 bis 10.000
per Kilogramm Lebendgewicht. — Marktbe-
richt: Der Markt nahm einen lebhaften Verlauf.

Heu- und Strohmarkt in Wien.
Wiesenheu süß 140.00—160.000 K. Wiesen-
heu sauer 75 000—135 000 K. Klee 135.000
170.000 K. Schaubstroh 100.000—120.000 K.

— **Die Rinderpreise** bleiben durch-
schnittlich zu den Preisen der Vorwoche
schwach behauptet. Es kosteten: Beinvieh
7000 9000, Kühe 10—13.000, Ochsen 12—
18.000 K.

Ein herrlicher politischer Erfolg des Herrn Landeshauptmannes Dr. Walheim in Rohrbach.

— Eigenbericht. —

Man schreibt aus Rohrbach:

Am 30. September hat der Herr Lan-
deshauptmann auch unsere Gemeinde auf-
gesucht und hier als Kandidat des Land-
bundes seine politischen Auffassungen in
einer Versammlung erörtert. Seine Auffassun-
gen und Ansichten sind uns ja genügend
bekannt, darauf war niemand neugierig. Sehr
verwundert waren wir aber über manche
Angriffe und Ausfälle die sich der Herr
Landeshauptmann erlaubt hat.

Solche Reden kann eventuell ein Partei-
sekretär wo versuchen, nicht aber ein Lan-
deshauptmann, ein führender Politiker, und
ein solcher sollte ja ein Landeshauptmann
sein. Der hätte wichtige politischen Fragen
unvoreingenommen zu besprechen, nicht jedoch
zu hetzen.

Wenn er nur hetzen kann, dann ist er
kein ernster Politiker und es fragt sich, ob
er dann für so einen wichtigen Posten taugt.
Gehetzt hat dieser hohe Herr elendiglich.
So behauptete er, dass die Kanzel und der
Beichstuhl zu politischen Zwecken miss-
braucht werden. Es scheint, dass der Herr
Landeshauptmann die Angriffswaffen jener
Leute der Sozialdemokraten übernommen

hat, denen er seinen ganzen Aufstieg ver-
dankt.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!
Solche Behauptungen müssen auch bewie-
sen werden. Wir stellen an Sie die Frage:
Können Sie uns einen einzigen Fall mit-
teilen wo im Reichsstuhle über politische
Fragen gesprochen wurde? Es ist uns wohl-
bekannt, dass ein gewisser Herr des steiri-
schen Bauernbundes, H. Walter, gewesener
Landesrat im Burgenlande (seligen Angeden-
kens) sich einmal in Steiermark als Mädchen
verkleidete und beichten gegangen ist; haben
Sie Herr Landeshauptmann vielleicht von
dort die Informationen eingeholt?

Wenn jemand aber seine Behauptun-
gen, die er in öffentlichen Versammlungen
ausspricht, nicht beweisen kann, dann steht
dieser Herr wohl mit der Wahrheit im Ge-
gensatze. Wie könnte man dies kurz und
bündig mit einem Worte ausdrücken? Glau-
ben Sie Herr Landeshauptmann, dass da-
durch die Würde des Landes, auf die Sie
soviel geben, gehoben wird? Auch die
christlichsoziale Partei hatte von Herrn Lan-
deshauptmann in dieser Versammlung manche
Angriffe zu ertragen. Die Christlichsozialisten
sind Monarchisten und wollen die allgemeine
Wehrpflicht, sind Magyaronen und ähnliche
Schlagwörter wurden von ihm hingeschleu-
dert. Als Herr Landeshauptmann dies mit
dem entsprechenden Pathos verkündet hatte,
konnte er aus der Stimmung der Bevölke-
rung erkennen, dass die christlichsoziale
Partei solche Angriffe glänzend verträgt und
dass dadurch der Redner nur in eine unan-
genehme Lage gekommen.

Sehr gut war die Auseinandersetzung,
die Herr Landeshauptmann mit dem Obmann
der grossdeutschen Ortsgruppe Herovitsch
hatte. Herovitsch stellte an den Redner die
Frage, er möge sich erklären, ob er denn
ein Grossdeutscher oder ein Bauernbündler
wäre, da sich seine Anhänger nicht mehr
auskennen. Herr Landeshauptmann, der ja
im Reden und Wenden äusserst geschickt hat
in dieser heiklen Situation eine Antwort
gefunden, die ihm persönlich wahrscheinlich
sehr gut gefallen hat. Er behauptete: „Er
wäre ein grossdeutscher Bauernbündler.“
Diese pfiffige Antwort hat jedoch Herrn
Herovitsch nicht gefallen. Dieser erklärte,
sich in dem politischen Wirrwarr des Herrn
Landeshauptmannes und seiner Anhänger
nicht mehr zurecht zu finden. Er legte infol-
gedessen mit Worten, die für den Herrn
Landeshauptmann nicht gerade sehr schmei-
chelhaft waren, seine Obmannstelle nieder
und erklärte, dass sowohl er selbst, wie auch

seine Freunde christlichsozial wählen werden,
da diese Partei klare Ansichten habe und
deren Vertreter gerade Wege gehen.

Die christlichsoziale Partei in Rohrbach
muss dem Herrn Landeshauptmann für die
erfolgreiche Agitationstätigkeit den innigsten
Dank aussprechen und ihn bitten, doch auch
in anderen Gemeinden eine so rührige Tä-
tigkeit dieser Art zu entfalten.

Der Retter Österreichs

Bundeskanzler Dr. Seipel

wird Sonntag den 14. Oktober halb 6
Uhr nachmittags

in Jennersdorf sprechen.

Burgenländer erscheint in Massen und
zeigt dadurch, dass ihr mit dem Ret-
tungswerke des großen Kanzlers ein-
verstanden seid.

Kellnerlehrling

wird sofort aufgenommen bei
Herrn Samuel Latzer Gastwirt, Güssing

Generalkarte vom Burgenland im
Masse 1 : 200 000. Herausgegeben vom Kar-
tographischen, früher Militargeographischen
Institut in Wien. Preis 12.000 K. Erhältlich
in der Papierhandlung B. Bartunek, Güssing

BELA BARTUNEK

BUCHDRUCKEREI, BUCH-, PAPIER-
HANDLUNG, ZEITUNGVERSCHLEISS

⊖ GÜSSING ⊖

Verfertigt allerlei Drucksorten, Zeitungen,
Bücher, Amtliche und Geschäftsdrucksorten,
Plakate, Balleinladungen, Verlobungs- und
Visitkarten, Trauerzettel. Rasche Bedienung

In unserer Druckerei wird ein Lehrling
sofort aufgenommen.

GRÖSSTES LAGER BURGENLANDS MIT FILIALE IN EISENSTADT.

Neue Nähmaschinen, Fahrräder, Zentrifugen, Schreib-
maschinen, Emailgeschirr, sowie deren Bestandteile.

Postaufträge werden prompt ausgeführt von Fach-Mechaniker.

Stefan Mitosinka in Deutsch-Tschantschendorf

Mechanische Werkstätte, Vernicklerei und Maschinenhandlung.

GENERALVERTRETUNG DER OMEGA-MOTORE, STYRIA,
DÜRKOPP, COURIER-WERKE.

4000
Bezahlt

20000

40000

Holzpreise in Güssing am 12. Oktober:

1 Raummeter	Buchenscheit	K 116.000
1 "	Eichen	" 113.000
1 "	Kiefer	" 98.000
1 "	Hartziegelholz	" 72.000
1 "	Weich "	" 65.000
1 "	Buchenknüttel	" 94.000
1 "	Eichen "	" 91.000
1 "	Kiefer "	" 84.000
1 "	Hartprügel	" 84.000
1 Kubikmeter	Eichennutzholz	250-400.000
1 "	Kiefer	250.000

Fliegentod radikalstes Mittel zur gründlichen Vertilgung der Fliegen bei Béla Bartunek, Güssing

P. T. Schuhmacher!

Lederfabriksniederlage des David Steiner im Hause des

Schuhmacher Rossner

in Güssing

offeriert freibleibend:

Prima Krepons v. K	85.000 aufw.
Vogel halbe Vaches	K 62.000 "
Avern	K 32.500 "
Kuhleder	K 19.500 "
Pitling	K 16.500 "

sowie sämtliche Eingewalkte Artikeln, Schuhmacherzugehöre.

Eigene Obertheil-Erzeugung im Hause.

**Johann Krammer**

Wein- & Holzgrossshandlung

Stegersbach**SPARKASSA AKTIEN-GESELLSCHAFT
STEGERSBACH.**

GEGRÜNDET IM JAHRE 1891.

Übernimmt Einlagen gegen Einlagebücher und Conto-Corrent, derzeit mit netto 100/0-ger Verzinsung.

Gewährt Darlehen auf Wechsel und Conto-Corrent gegen Sicherstellung

Kauft und verkauft ausländische Valuten und Effekten.

Übernimmt die Durchführung sämtlicher bankmässigen Transaktionen.

GÜSSINGER SPARKASSA

Gegründet im Jahre 1872.

Eigenes Kapital: 1,355.900 ung. K.
70,000.000 öst. K.

Einlagen: über 170,000.000 Kronen.

Übernimmt Gelder gegen günstige Verzinsung auf Einlagebücher wie auf Kontokorrent.

Gibt Darlehen auf Hypotheken, Bürgschaftsschuldscheine, Wechsel und Kontokorrent.

Mitglied der Devisenzentrale in Wien.

Dollar, ung. Kronen und andere ausländische Valuten werden zum Tageskurse eingelöst.

Amerikanische Kreditbriefe (Scheck) werden zum Inkasso übernommen.

Vertretung des Norddeutschen Lloyd und United Staates Lines, Bremen-New-York.

Öffentliche Lizitation.

In Gerersdorf No. 51 werden Sonntag den 21. Oktober 1923 um 2 Uhr nachmittags auf öffentlichem Wege

**2 Kühe, 2 Pferde und
2 Schweine** verlizitiert.

Johann Hafner, Gerersdorf.

Bestes Organ für Annonzen.

Holland-Amerika-Linie

Nach Amerika über Rotterdam.

Auskünfte: Wien, IV., Wiednergürtel 12

(gegenüber der Südbahn)

I., Kärntnerring 6.

und bei unserer

Zweigstelle: Béla Bartunek, Güssing.

COSULICH-LINE

Nach New-York

mit den Schnelldampfern

„Martha Washington“ „Presidente Wilson“

Nach Südamerika

Brasilien, Buenos Aires, via Neapel, Spanien, Les Palmas

AUSKÜNFTE KOSTENLOS DURCH
PASSAGIERBUREAU DER COSULICH-LINE WIEN,
II. HEINSTRASSE 36.

Agentur der Cosulich-Line, Graz, Annenstrasse 57.



**„ETERNIT“-Schiefer ist das beste
und billigste Dach.**

Feuer- und sturmsicher, leicht, bedarf keine Reparatur.
Ständiges grosses Lager! Deckungen übernimmt

Generalvertretung: Leopold Hoffmann Güssing.